

BUCHBESPRECHUNGEN

RALF DAHRENDORF

GESELLSCHAFT UND DEMOKRATIE IN
DEUTSCHLAND

Verlag R. Pieper & Co., München 1965. 528 S. Ln. 28 DM

Die moderne Gesellschaft erfordert, wenn sie dem steigenden Lebens- und Freiheitsanspruch aller Schichten gerecht werden soll, einen Ausbau der Demokratie. Dahrendorf spricht von der „liberalen Demokratie“ und schließt in diesen Begriff neben den staatsbürgerlichen Gleichheitsrechten die Anerkennung sozialer Interessenkollisionen und deren rationale Regelung, die Widerspiegelung der verschiedenen sozialen Interessen in der Führungsschicht ein,

sowie eine vorherrschende Wertorientierung auf das Soziale und Politische hin. An diesem Leitbild mißt er in weitläufigen Analysen unter Rückgriff auf die Geschichte die gegenwärtigen Verhältnisse in beiden Teilen Deutschlands. Er zieht daraus auch gewisse, vorsichtig formulierte Schlüsse für den Fall der Wiedervereinigung. Doch sagt er auch, daß in den beiden, seit 1945 immer mehr auseinanderentwickelten Teilen keine zentripetale Kraft zu erkennen sei, die die Wiedervereinigung von den gesellschaftlichen Kräften her erzwingen würde. Das heißt, daß schließlich nur noch der Wiedervereinigungswille der Bevölkerung und eine eventuelle günstige weitpolitische Konstellation ausschlaggebend sein könnten.

Die Analyse der Verhältnisse in der Bundesrepublik nimmt den breiteren Raum des Buches in Anspruch. In der Sowjetzone, von ihm durchweg als DDR bezeichnet, sieht der Autor nicht nur Negatives. Der dort erreichte Wegfall der traditionellen Sozialschichtung der Bildungschancen mit den Möglichkeiten eines Aufstiegs in die Führungspositionen sowie auch der Ausbau des Systems der sozialen Sicherung *könnten* die Basis für eine „liberale Demokratie“ bilden; sie würden aber völlig paralysiert durch die Unterdrückung der persönlichen Freiheit und den Totalitarismus. Letzteren kennzeichnet er auch als „Prinzip der Planrationalität“, ohne aber näher auf diesbezügliche Erscheinungen und Probleme einzugehen.

Dahrendorfs eigene wirtschaftspolitische Position ist an der Seite von Professor *Ludwig Erhard*, dem er — unter Vorbehalten für die neueste Zeit — ein kräftiges Lob spendet. Der SPD und den Gewerkschaften macht er ein Steckenbleiben in staatsautoritärem Denken zum Vorwurf. In der gewerkschaftlichen Forderung nach einem Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung sieht er keinen Faktor zur Erreichung der „liberalen Demokratie“. Er unterstellt den Gewerkschaften die Auffassung, daß mit der Mitbestimmung alle sozialen Konflikte aus der Welt geschafft würden. Sonst aber, besonders bezüglich des Bildungswesens und des spürbaren Rückzugs vieler Mitbürger auf die noch immer vom Autoritätsdenken geprägte Familie, gibt Dahrendorf recht beachtenswerte Hinweise.

Einen breiten Raum nimmt seine Eliten-Theorie ein. Er kennzeichnet diese auch als Über- und als Führungsschicht. Nach einer Darstellung der Wandlungen seit der Kaiserzeit hätten sich mehrere Gruppen von Eliten herauskristallisiert, die administrativen, politischen, militärischen, kirchlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Eliten. Dahrendorf hebt den starken politischen Einfluß der Wirtschaftsführer in der Bundesrepublik hervor. Er meint sogar, dieser sei wahrscheinlich größer als zu irgendeiner anderen Zeit der deutschen

Geschichte. Trotzdem hält er einen Strukturwandel zu vollständigerer, freiheitlicherer Demokratie offensichtlich für möglich, ohne die kapitalistischen Besitzverhältnisse zu ändern. Er setzt sich z. B. auch für die Privatisierung noch staatlichen Wirtschaftsbesitzes ein.

Eine Belastung des Buches sind eine für die Sache nicht immer notwendige polemische Auseinandersetzung mit anderen Soziologen und Historikern und eine allzu ausgiebige Darstellung des Für- und Widerdenkens bei seinen eigenen Analysen. Alles in allem kann an Dahrendorfs Arbeit indes trotz vieler kritischer Einwände nicht vorbeigegangen werden bei der Erörterung neuer Aufgabenstellungen im Interesse der Bevölkerungen beider Teile Deutschlands und im Interesse der Wiedervereinigung.
Irmgard Enderle

G. PALOCZI-HORVATH
REBELLION DER TATSACHEN

Verlag Heinrich Scheffler, Frankfurt/Main 1963. 320 S., Ln. 19,80 DM.

Der Konflikt Moskau — Peking teilt den Ostblock in zwei rivalisierende Einflusssphären. Paloczi-Horvath unterscheidet daher zwischen einem „Ost-“ und einem „Westkommunismus“. Letzterer sei in eine Reformation eingetreten; aber auch durch den Westen ziehe sich eine reformatorische Strömung.

Die Kybernetik erzwingt im Westkommunismus den ständigen Informationsaustausch zwischen Führung und Geführten und habe in der Sowjetunion bereits eine Veränderung des kommunistischen Systems in Gang gesetzt. Das Sowjetsystem ändere sich sogar in seinem Wesen, da die Kybernetik den Marxismus-Leninismus verdränge.

Die letzte These scheint uns allerdings der Wirklichkeit vorauseilen. Einmal handelt es sich weniger um einen Zusammenstoß von Kybernetik und Marxismus-Leninismus als um die beginnende Scheidung von Ideologie und Wissenschaft schlechthin. In der Sowjetunion beginnen sich auf den Gebieten der Forschung und Wirtschaft ideologiefreie Räume zu bilden. Von einem (sogar „offiziellen“) Primat der Wissenschaft über die Ideologie kann aber vorerst nicht die Rede sein. Gerade in letzter Zeit wird die Wissenschaft von kommunistischer Seite immer wieder als „Produktionsinstrument“ bezeichnet, was bedeutet, daß sie auf pure Nützlichkeit reduziert werden soll. Andererseits kann die Industriegesellschaft nicht mit politischen Dogmen, sondern nur mit wissenschaftlichen Methoden funktionstüchtig gemacht und gehalten werden. Die „Rebellion der Tatsachen“ — das ist die Rebellion der Industriegesellschaft gegen das kommunistische System, da die erstere pluralistischen, das zweite aber monopolistischen

Charakter hat. Paloczi-Horvath hat das klar erkannt und in vielen Aspekten gedeutet. Dies wird das bleibende Verdienst seines brillant und spannend geschriebenen Buches 'sein.

Der Autor stellt die Frage, ob auch der Westen zur Revision geheiligter Prinzipien imstande sein, die Improvisationen aufgeben und der Wissenschaft Vorrang einräumen werde. Anders wären die Probleme der Automation schwerlich zu lösen.

In der Tat: soll einfach abgewartet werden, bis die Automation eine neue Massenarbeitslosigkeit schafft und die Vollbeschäftigung aus den Angeln hebt? Müßte man nicht schon jetzt Mittel für die Umschulung arbeitslos Gewordener bereitstellen, eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden wöchentlich anstreben und eine psychologische Bremse legen, um den weiteren Anstieg der Frauenarbeit zu mindern? (Binnen eines Jahrzehnts kann nämlich die Situation eintreten, daß nicht einmal genügend Arbeitsplätze für Männer da sind.) Ferner wäre die Verkürzung der Ausbildungsfrist für besonders begabte Schüler zu erwägen. Ebenso wie in den USA und in der Sowjetunion müßte auch in der Bundesrepublik die Möglichkeit geschaffen werden, daß, von der Mittelschule aufwärts, bei besonderen Leistungen Klassen übersprungen werden können. Darüber hinaus wäre die Chance des Überspringens von Lehrjahren einzuräumen — als Gegengewicht zur Tendenz vieler Schulentlassenen, statt eines Berufs einen gutbezahlenden Betrieb zu wählen. Die heutigen Hilfsarbeiter können die Arbeitslosen von morgen sein.

Zu diesen und ähnlichen Gedanken regt das Buch von Paloczi-Horvath an. Es ist Warnung und Ermutigung zugleich.

Günter Bartsch

ERNST FREISBERG
DIE GRÜNE HORDE EUROPAS

Westdeutscher Verlag, Opladen 1965. 214 S., zahlreiche Tabellen, Paperback 14,80 DM.

Als der Agrarinterventionismus in Deutschland in den zwanziger Jahren eine erste Blüte erlebte, schrieb *Erwin Topf* sein weithin bekanntgewordenes Buch über „Die grüne Front“, in dem er die personellen Verzahnungen und die finanziellen Interessen, die dabei im Spiel waren, zum großen Erstaunen der Öffentlichkeit aufdeckte. Auf den Spuren jener Publikation bewegt sich das flüssig und anschaulich geschriebene Buch „Die grüne Hürde Europas“ des früheren Agrarjournalisten und jetzigen Mitarbeiters der EWG-Kommission *Ernst Freisberg*. Er beschreibt, indem er mit zahlreichen, weithin nicht bekannten Interna aufwartet, den agrarpolitischen Teil der bisherigen Geschichte der EWG und erläutert be-

sonders die Politik der EWG-Kommission und ihres — für die Agrarpolitik zuständigen — Vizepräsidenten *Mansholt*.

Freisberg stellt demgegenüber die Politik der Partnerländer, die im Ganzen nie darüber hinausgekommen sind, angebliche nationale Interessen ihrer Landwirtschaft in Brüssel zu vertreten und die dadurch die Verhandlungen bei der EWG zu einer bloßen Fortsetzung früherer Handelsvertrags- und Zollverhandlungen werden ließen. Der Wille zu gemeinsamer europäischer Politik und wirtschaftlicher Integration war kaum je erkennbar. Man begnügte sich auf Seiten der Länder mit lauten und sentimental europäischen Deklamationen.

Freisberg kritisiert mit Recht die Politik der Bundesregierung, die sich — auf billige Demagogie und Wählerfang ausgerichtet — auf unhaltbare und unsinnige Positionen festlegte. Er kritisiert zugleich die sogenannte Oppositionspartei, die meint, sich noch landwirtschaftsreundlicher als die Regierungspartei geben zu müssen und in der die agrarpolitischen Sprecher dem törichtesten agrarpolitischen New Look entsprechend ausgewechselt wurden. Freisberg kritisiert schließlich zu Recht das europäische Parlament, in dem sich — von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen — die Agrarier als nationale Lobbyisten aufführten und bisher fast jeden auf eine Integration hinzielenden Vorschlag der Kommission verschlechterten.

Aber soviel Versagen wäre wohl nicht möglich, wenn nicht der Vertrag von Rom schwerwiegende prinzipielle Konstruktionsfehler aufwies. Man glaubte z. B. von Integrationen auf einzelnen Wirtschaftssektoren zu gesamtwirtschaftlicher Integration kommen zu können und von dort zur politischen Integration. Das war zweifellos ein grundlegender Irrtum oder der zum Scheitern verurteilte Versuch, quasi durch die Hintertür, ohne sich mit dem Problem der nationalen Souveränität auseinanderzusetzen, zu Europa zu kommen. Aber so leicht ist ein so großes Ziel nicht erreichbar.

Im realen Ergebnis war die Wirkung der Römischen Verträge daher gering. Zwar stieg auch der Agraraußenhandel in der EWG. Aber das post hoc bedeutet kein propter hoc. Im Gegenteil: eher wird man sagen können, daß die national-protektionistischen Marktordnungen die Entwicklung des Außenhandels nicht wesentlich aufgehalten haben. Das gilt allerdings nur für die EWG-Länder selbst und die Industrieländer.

Aus dem der Schrift von Freisberg angehängten kurzen, aber sehr instruktiven statistischen Teil ergibt sich deutlich, daß die „Integration“ innerhalb der EWG auf Kosten der „Drittländer“, vor allem der Entwicklungsländer ging. Die Agrarpolitik der westeuro-

päischen Industrieländer läuft ja darauf hinaus, die Agrareinfuhr aus den Entwicklungsländern zu drosseln und einerseits auf sogenannte „unabsetzbare Agrarüberschüsse“ (durch zu hoch festgesetzte Preise) hinzuarbeiten und auf der anderen Seite den betrogenen Entwicklungsländern um so höhere „Entwicklungshilfe“ zu geben, die sie korrumpiert und ihre Wirtschaft in Wirklichkeit vollends ruiniert.

Dr. Ulrich Teichmann

